



Bettina Hagedorn

Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

☎ (030) 227 – 73 832

✉ (030) 227 – 76 920

✉ bettina.hagedorn@bundestag.de

Pressemitteilung

13.02.2018

Bildungspaket: Koalitionsvertrag soll 14,5 Mrd. Euro für moderne Schulen und Kitas garantieren

*Hagedorn: „Für Schleswig-Holstein wären das bis zum Jahr 2021
mehr als 400 Mio. Euro ,on Top‘!“*

Bettina Hagedorn, SPD-Bundestagsabgeordnete aus Ostholstein und stellvertretende SPD-Landesvorsitzende, bewertet das im Koalitionsvertrag vorgestellte „Bildungspaket“ als herausragend für Länder und Kommunen, für Schüler, Eltern und Pädagogen. Die GroKo verpflichtet sich, 14,5 Mrd. Euro für moderne Schulen und Kitas zu investieren und dafür das bisher im Grundgesetz geltende „Kooperationsverbot“ zwischen Bund und Ländern quasi abzuschaffen – dennoch wird den Ländern weiterhin die Kultushoheit garantiert.

Hagedorn: **„Für die SPD stehen seit ihrer Gründung vor 155 Jahren gleiche Bildungschancen für alle Menschen an 1. Stelle in der Politik – deshalb bin ich froh, dass der von CDU/CSU und SPD ausgehandelte 177-Seiten-starke Koalitionsvertrag das größte Bildungspaket aller Zeiten beinhaltet – 14,5 Mrd. Euro für Investitionen in moderne Schulen und Kitas, für mehr Bildungsqualität, für zukunftsfähige digitale Ausstattung, für verbindliche Ganztagsbetreuung in der Grundschule samt fester Personalschlüssel – allein für Schleswig-Holstein wären das bis zum Jahr 2021 mehr als 400 Mio. Euro ,on Top‘!“**

Das Programm Ganztagschule/ Ganztagsbetreuung soll mit 2 Mrd. Euro ausgestattet werden, die Verbesserung der Kitas bei Qualität und

ersten Schritten in die Gebührenfreiheit soll mit weiteren 3,5 Mrd. Euro gefördert, für den „Digitalpakt an Schulen“, sind 5 Mrd. Euro Bundesmittel binnen fünf Jahren verbindlich vorgesehen, um den Unterricht endlich umfassend zu modernisieren, insbesondere auch an den Beruflichen Schulen. Nicht zu vergessen: Noch im Juni 2017 haben Bundestag und Bundesrat bereits 3,5 Mrd. Euro für Investitionen in Schulen und Kitas beschlossen – für Schleswig-Holstein sind das noch einmal 100 Mio. Euro – die das Jamaika-Kabinett in Kiel noch ‚in der Schublade‘ hat. Auf die Kommunalpolitiker in Städten und Gemeinden wartet nach ihrer Wahl am 6. Mai 2018 mit einer Modernisierungsoffensive für ihre Schulen und Kitas eine tolle Herausforderung, die Kinder, Eltern und Pädagogen ihnen danken werden.“

Zitat S. 28: „Investitionsoffensive für Schulen... zusätzlich zum laufenden Schulsanierungsprogramm...Investitionen in die Bildungsinfrastruktur, insbesondere Ganztags- und Betreuungsangebote, Digitalisierung und Berufliche Schulen“ werden auf den Weg gebracht. „Dazu werden wir die erforderliche Rechtsgrundlage in Art. 104c Grundgesetz durch die Streichung des Begriffs ‚finanzschwache‘ in Bezug auf die Kommunen anpassen.“

Hagedorn: „Der Ausbau der Ganztagsbetreuung an allen Grundschulen soll mit dieser Förderung sofort angepackt und bis 2025 mit einem gesetzlichen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkindern vollendet werden. Schneller geht das nicht, da es enorme Ausbauten, zusätzliche Fachkräfte und zur Gebührenfreiheit dann auch weiterer Unterstützung für die Kommunen durch Bund und Ländern bedarf.

Zitat (S. 28): „Um diesen Rechtsanspruch bis 2025 zu verwirklichen, bedarf es konkreter rechtlicher, finanzieller und zeitlicher Umsetzungsschritte, die wir in einer Vereinbarung von Bund und Ländern unter Einbeziehung der kommunalen Spitzenverbände festlegen werden. Dabei wird der Bund sicherstellen, dass insbesondere der laufenden Kostenbelastung der Kommunen Rechnung getragen wird.“

Hagedorn: „Ein weiterer wichtiger Punkt für uns Sozialdemokraten ist der umfassende Ausbau der Leistungen für alle Schulkinder, die

Anspruch auf das Bildungs- und Teilhabeangebot haben. Für sie wird künftig sowohl das Mittagessen in Kitas und Schulen wie auch die Schülerbeförderung kostenfrei sein! Ein Anliegen, für das der Kinderschutzbund jahrelang gekämpft hat!“

*Zitat (S. 19): „Unter anderem soll hierzu das **Schulstarterpaket aufgestockt werden. Die Eigenanteile zur gemeinschaftlichen Mittagsverpflegung in Kitas und Schulen und für Schülerbeförderung entfallen.** Im Rahmen des bestehenden Teilhabepaketes soll allgemeine Lernförderung auch dann möglich sein, wenn die Versetzung nicht unmittelbar gefährdet ist.“*

Hagedorn: **„Eine Milliarde Euro wird für den Ausbau des BAföGs garantiert, wovon nicht nur Studenten, sondern vor allem auch Schüler und Auszubildende – z.B. beim Meister-BAföG – profitieren sollen. Als gelernte Goldschmiedin und Mutter von drei erwachsenen Söhnen, die alle Handwerker sind, ist mir immer die Berufliche Bildung besonders wichtig gewesen. Ein „Aufstiegs-BAföG“ soll die Auszubildenden finanziell besser unterstützen und mehr Qualifizierung und Weiterbildung den Aufstieg verbessern. Zudem wird eine Mindestausbildungsvergütung im Berufsbildungsgesetz ab 2020 festgeschrieben und die beruflichen Schulen endlich auf einen modernen digitalen Standard gebracht.“**

*Zitat (S. 30-31): „**Wir steigern die Attraktivität der beruflichen Bildung, sie ist für uns gleichwertig mit der akademischen Bildung. ... Insbesondere die berufliche Aus- und Weiterbildung muss mit der wachsenden Dynamik veränderter Qualifikationsanforderungen Schritt halten ... Im Rahmen der Novelle des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) werden wir eine Mindestausbildungsvergütung im Berufsbildungsgesetz verankern.** Das Gesetz soll bis zum 1. August 2019 beschlossen werden und zum 1. Januar 2020 in Kraft treten.“*

Hagedorn: **„Gemeinsam mit den Gewerkschaften bin ich über diesen Punkt besonders froh. Laut der Berechnung des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) können davon bis zu 162.000 junge Leute in Deutschland profitieren. Betroffen sind insbesondere Auszubildende, die schlecht bezahlt werden, wie zum Beispiel**

angehende Fleischer, Friseure, Hotelkaufleute oder Auszubildende im Gastronomiebereich.“

*Zitat (S. 30-31): „Darüber hinaus wollen wir die erfolgreiche Arbeit der **Jugendberufsagenturen** ausweiten. Wir werden mit dem **Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz („Aufstiegs-BAföG“)** finanzielle Hürden für den beruflichen Aufstieg abbauen mit dem Ziel einer weiteren deutlichen Verbesserung beim Unterhaltszuschuss, Erfolgsbonus und bei der Familienfreundlichkeit. ... Wir schaffen transparente berufliche **Fortbildungsstufen** und stellen Aufsteigerinnen und Aufsteiger auf allen drei Stufen ein finanzielles Förderangebot zur Verfügung. ... Die **Durchlässigkeit** und Synergien zwischen beruflicher und akademischer Bildung in beide Richtungen wollen wir fördern...Hierzu wollen wir die Anzahl der Aufstiegs- und Weiterbildungsstipendien steigern.“*

*Zur Erinnerung: Noch 2015 hat die GroKo Ländern und Kommunen 3,5 Mrd. Euro für die Sanierung von Schulen und Kitas überwiesen (100 Mio. für Schleswig-Holstein). Aber dieses Geld durfte nur den als „finanzschwach“ eingestuften Kommunen zu Gute kommen (in SH waren das 48 Kommunen) und wegen des bestehenden Kooperationsverbotes nur für energetische Baumaßnahmen und zur Herstellung der Barrierefreiheit ausgegeben werden. Hagedorn: „**Das sorgte in manch einer Kommune für lange Gesichter.**“*

Der vorgelegte Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD steht bei einem SPD-Mitgliederentscheid, der vom 20. Februar bis 2. März läuft, zur Abstimmung. Das Ergebnis soll am 4. März 2018 morgens veröffentlicht werden.